

S a t z u n g

über die Straßenbenennung und Hausnummerierung

Die Gemeinde Salz erlässt aufgrund des Art. 23 Abs. 1 der Gemeindeordnung (BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.08.1989 (GVBl S. 368) des Art. 52 Abs. 3 des Bayer. Straßen- und Wegegesetzes (BayRS 91-1-I), geändert durch Gesetz vom 16.07.1986 (GVBl S. 135) und des § 126 des Baugesetzbuches i. d. Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl I S. 2253) geändert durch Gesetz vom 25.07.1988 (BGBl I S. 1093) folgende Satzung:

I. Straßennamen und Beschilderung

§ 1

Die Namen der Straßen werden vom Gemeinderat bestimmt.

§ 2

Die Straßen- und Straßenhinweisschilder werden auf Kosten der Gemeinde beschafft, angebracht und unterhalten.

§ 3

Die Grundstückseigentümer und die sonst an einem Grundstück dinglich zur Nutzung Berechtigten, sowie deren bevollmächtigter Vertreter müssen dulden, dass an ihren Häusern oder auf ihren Grundstücken Straßen- oder Straßenhinweisschilder angebracht oder aufgestellt werden.

II. Hausnummerierung

§ 4

1. Alle Gebäude innerhalb des Gemeindebereichs werden nach Straßen nummeriert. Die Zuteilung der Hausnummern erfolgt durch die Gemeindeverwaltung.
2. Jedes Hauptgebäude erhält eine Hausnummer.
3. Für ein Anwesen wird regelmäßig nur eine Hausnummer zugeteilt, und zwar auch dann, wenn das Anwesen gegebenenfalls aus mehreren Gebäuden besteht oder mehrere Eingänge besitzt. Die Gemeindeverwaltung kann in besonders gelagerten Fällen auch mehrere Hausnummern zuteilen.

§ 5

1. Hausnummern werden auf Antrag zugeteilt, wenn das Gebäude im Rohbau hergestellt ist. Wird ein Antrag nicht spätestens bis zur Bezugsfertigkeit des Bauwerks gestellt, so wird die Gemeinde eine Hausnummer von Amts wegen zuteilen. Für Gebäude, welche von der generellen Umnummerierung betroffen sind, werden die neuen Hausnummern grundsätzlich von Amts wegen zugeteilt.
2. Für Grundstücke mit geringfügigen Bauwerken, die ausschließlich anderen als Wohnzwecken dienen, oder für einzelne solcher Bauwerke werden Hausnummern nur zugeteilt, wenn für die Postzustellung oder sonst wie ein öffentliches Interesse oder Bedürfnis besteht.
3. Andere Verfahren, vor allem die der Bau-, Feuer- und Wohnungsaufsicht, werden durch die Zuteilung einer Hausnummer nicht berührt.
4. Die Verwaltung kann aus dringlichen Gründen eine bereits zugeteilte Hausnummer zurücknehmen und das Gebäude umnummerieren.
5. Wenn eine fortlaufende Nummerierung nicht möglich ist oder noch nicht übersehen werden kann, oder aber auch dass in absehbarer Zeit eine Änderung der Straßenbezeichnung zu erwarten ist, werden durch die Verwaltung vorläufige Hausnummern zugeteilt.

§ 6

1. Im Interesse einer einheitlichen Ausgestaltung der Hausnummerierung ist das vom Gemeinderat als Muster beschlossene Nummernschild zu verwenden. Abweichungen von diesem Muster in besonders gelagerten Fällen bedürfen der Genehmigung des Gemeinderates oder der von diesem beauftragten Stelle.
2. Beschaffung der Hausnummernschilder erfolgt durch die Gemeinde; die Anbringung wird jedem Grundstückseigentümer selbst übertragen. Bei nicht ordnungsgemäßer Anbringung bzw. übermäßiger Verzögerung erfolgt die Anbringung durch Beauftragte der Gemeinde gegen Kostenersatz durch den Verpflichteten.

§ 7

Das Anbringen von Hausnummern an bebauten Grundstücken ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen von Verpflichteten zu dulden.

§ 8

1. Die Verpflichtung nach § 7 trifft
 - a) den Grundstückseigentümer und den Eigenbesitzer (§ 872 BGB),

b) jeden, der sonst an einem Grundstück dinglich zur Benützung berechtigt ist, insbesondere den Erbbauberechtigten und den Nießbraucher.

2. Als Eigentümer gilt, wird als solcher im Grundbuch eingetragen ist. Wenn Miteigentum besteht, ist jeder Miteigentümer verpflichtet.
3. Ist ein nach Abs. 1 b Verantwortlicher vorhanden, so trifft die Verantwortung den Grundstückseigentümer oder Eigenbesitzer nicht. Im Übrigen ist dann, wenn mehrere Personen verpflichtet sind, jeder verantwortlich.

§ 9

1. Das Hausnummernschild muss an der Straßenseite des Gebäudes über oder unmittelbar neben dem Hauseingang angebracht werden. Befindet sich der Hauseingang nicht an der Straßenseite, so hat die Anbringung des Nummernschildes an der dem Hauseingang nächstliegenden Ecke des Gebäudes nach der Straßenseite hin zu geschehen. Das Hausnummernschild darf nicht höher als 2,20 Meter über dem Boden angebracht werden.
2. Die Schilder müssen von der Straße aus deutlich sichtbar sein. Die Sichtbarkeit darf insbesondere nicht durch Bäume, Sträucher, Vorbauten, Schilder u. ä. behindert werden.
3. Bei einem Vorgarten ist das Hausnummernschild am Eingang des Vorgartens zweckentsprechend anzubringen, sofern es am Hause selbst nicht gut sichtbar angebracht werden kann.

§ 10

1. Liegen Gebäude nicht unmittelbar an der Straße oder befinden sich Hauseingänge rückwärts, so kann dem Verpflichteten zur Auflage gemacht werden, an geeigneter Stelle an oder nächst der Straße die Anbringung oder Aufstellung eines Hinweisschildes zu dulden.
2. Ist es zur Anbringung oder Aufstellung eines derartigen Hinweisschildes notwendig, ein fremdes Grundstück zu benützen, so muss der Eigentümer, Eigenbesitzer, Mieter, Pächter oder dinglich Berechtigter des fremden Gebäudes oder Grundstückes dies dulden.

§ 11

Die Hausnummern- und Hinweisschilder müssen stets in gutem Zustand erhalten werden. Schwer leserlich oder unleserlich gewordene Schilder sind zu erneuern.

§ 12

1. Die Kosten für die Beschaffung der Hausnummer- oder Hinweisschilder, das Anbringen bzw. Aufstellen am bzw. innerhalb des Grundstückes sowie die Kosten für die Unterhaltung und Erneuerung dieser Nummernschilder haben die Eigentümer oder die gem. § 8 sonstig Verpflichteten aufzubringen.
2. Sofern eine direkte Abrechnung mit dem nach Abs. 1 Verpflichteten nicht möglich ist, kann die Gemeinde diese Kosten feststellen und als öffentliche Gefälle einheben.

§ 13

Die Satzung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Salz, 27.12.1991

gez.
Knobling
1. Bürgermeister